

## **Rückblick auf Herbstsession 2009**

**Die Wahl des Nachfolgers von Bundesrat Pascal Couchepin war der Höhepunkt der Session. Daneben gaben vor allem das dritte Konjunkturpaket und die Operation „Atalanta“ zu reden.**

### **Bundesratswahl**

Seit dem Rücktritt von Bundesrat Pascal Couchepin Ende Juni beherrschte seine Nachfolge die politische Diskussion in unserem Land. Und am Wahltag wurde mehr von Konkordanz, Anspruchsrecht, Wahlarithmetik und neuer Zauberformel gesprochen als über die Kandidaten selber. Das Ergebnis ist bekannt. Im vierten Wahlgang wurde FDP-Ständerat Didier Burkhalter aus Neuenburg mit 129 Stimmen zum Nachfolger von Pascal Couchepin gewählt. Auf den Freiburger CVP-Ständerat Urs Schwaller entfielen 106 Stimmen. Damit hat sich am parteipolitischen Gefüge im Bundesrat nichts geändert. Zustande gekommen ist das Ergebnis letztlich durch die Aufteilung der linken Stimmen im Verhältnis von etwa 1: 4 auf Burkhalter und Schwaller. Die Rechnung der CVP, alle linken Stimmen für Schwaller zu vereinen, ging nicht auf.

Mit dem neuen Bundesrat Didier Burkhalter habe ich vier Jahre (2003 – 2007) im Nationalrat zusammengearbeitet. Dort vertraten wir zusammen auch ein gemeinsames Geschäft: Den Gegenvorschlag zur sogenannten Maulkorbinitiative. Die Zusammenarbeit mit ihm ist sehr angenehm und sachlich korrekt. Er gilt als stiller, eher unauffälliger Schaffer und ist wirtschafts- und gesellschaftspolitisch liberal und aussenpolitisch eher offen.

### **Konjunkturpaket**

Nachdem in den vergangenen Monaten bereits zwei sogenannte Konjunkturpakete verabschiedet wurden – sie kommen fast ausschliesslich Infrastrukturaufgaben zu gut – legte der Bundesrat ein Drittes in der Höhe von fast einer halben Milliarde Franken vor. Dieses sah punktuelle Massnahmen zur Linderung der Arbeitslosigkeit vor und war heftig umstritten. Der heikelste Punkt darin war die Unterstützung von Arbeitseinsätzen von Langzeitarbeitslosen bei Non Profit Organisationen (NPO) und bei der öffentlichen Hand. Nachdem sich die beiden Kammern in dieser Frage nicht einigen konnten, musste die Einigungskonferenz einen Konsensvorschlag ausarbeiten. Dieser sah vor, dass die NPO von der Regelung ausgeschlossen werden und die Schwelle zur Auslösung bei einer Arbeitslosenquote von fünf Prozent liegen muss. Damit werden gut hundert Millionen Franken eingespart. Schliesslich kam dieser Vorschlag mit 103 : 87 Stimmen durch. Unbestritten waren die weiteren Elemente des Pakets: Weiterbildung für Lehrabgänger und Kurzzeitbeschäftigte, Umschulung für Fachleute im Energiebereich sowie die Verlängerung der Kurzarbeitszeit auf 24 Monate. Als zweites Element ausserhalb der Arbeitsmassnahmen beschlossen die Räte die vorzeitige Rückverteilung der CO<sub>2</sub> Abgabe an die Bevölkerung und Wirtschaft.

### **Atalanta**

Keine Einigung zwischen National- und Ständerat wurde in der Frage der Mitwirkung der Schweiz an der EU-Operation „Atalanta“ erzielt. Diese sieht eine Beteiligung von dreissig Schweizer Soldaten an einer EU-Schutztruppe für Schiffe im Golf von Aden an der Somalischen Küste vor. Die Argumente von Aussenministerin Micheline Calmy-Rey fanden im Nationalrat keine Mehrheit. Er trat, nachdem der Ständerat bereits Ja gesagt hatte, zwei

Mal auf die Vorlage gar nicht ein. Eine Allianz von SVP und Teilen der Grünen, SP, CVP und FDP verneinte das Anliegen aus unterschiedlichen Haltungen heraus. Während bei der Linken eher pazifistische Überlegungen angestellt wurden, waren es bei der Rechten (auch bei mir) kritische aussenpolitische Argumente, welche den Ausschlag gaben. Schliesslich wurde auch im zweiten Anlauf das Eintreten mit 102 : 81 bei 10 Enthaltungen abgelehnt. Somit ist die Vorlage definitiv vom Tisch.

Persönlich vertrete ich in dieser Frage die Ansicht, dass es nicht Sache der EU, sondern der UNO wäre, in der Seestrasse von Aden für Ordnung zu sorgen. Einer Beteiligung der Schweiz an einer solchen Operation würde ich mich nicht widersetzen.

### **Steuerpolitik**

Gleich zu zwei steuerpolitische Vorlagen wurden die Differenzen zwischen National- und Ständerat ausgeräumt. Bei der direkten Bundessteuer wird die kalte Progression (siehe Kasten) ab 2011 ausgeglichen. Ebenfalls ab 2011 werden die Kinderabzüge erhöht. Es wurde eine Mischlösung gefunden zwischen generellen Abzügen und jenen für sogenannte Fremdbetreuungskosten.

### **Persönliche Ratsarbeit**

Im Zusammenhang mit den Schäden, welche in unserer Gegend von einem Wolf angerichtet wurden, habe ich zwei Vorstösse platziert. Der Entlebucher Anzeiger berichtete am 25. September schon davon. Darin fordere ich vom Bundesrat eine Lockerung der Schutzbestimmungen und eine weiterreichende Kompetenzdelegation an die Kantone. Zudem stelle ich verschiedene Fragen zu Kosten, Population, Aussetzen und Schadenverminderung.

Ebenfalls zwei Vorstösse habe ich im Bereich Berufsbildung eingereicht. Sie beziehen sich auf ein eben erschienenenes sogenanntes Weissbuch, herausgegeben von den Schweizer Akademien der Wissenschaften. Darin stellt der Verfasser, Herr Professor Walther Zimmerli, die These auf, dass unser Berufsbildungssystem veraltet und in zwanzig Jahren nicht mehr aktuell sei. Die Quintessenz wäre eine Maturitätsquote von siebzig Prozent. Das hat die Vertreter der Berufsbildung auf den Plan gerufen. So schreibt beispielsweise alt Nationalrat Rudolf Strahm am 8. September im Bund: „*Das Weissbuch ist eine Mischung von Sozialutopie, Gemeinplätzen, Leerformeln und vor allem grosser Unkenntnis des Schweizer Arbeitsmarktes.*“ In den beiden Vorstössen bitte ich den Bundesrat um Auskunft über die Kosten und die Auftraggeber des Buches sowie die Haltung des Bundesrates zur beruflichen Aus- und Weiterbildung im generellen. Zudem stelle ich Fragen zur künftigen Finanzierung der Kurse für die Berufs- und höheren Fachprüfungen.

Ruedi Lustenberger, Nationalrat (CVP), Romoos

<p><b>Kalte Progression:</b> Die Einkommen werden in der Schweiz progressiv besteuert. Das heisst, je höher das Einkommen, je höher der Steuersatz. Auf Grund der Inflation und des Teuerungsausgleichs verdienen die Leute mit den Jahren mehr, ohne dass ihre Kaufkraft steigt. Aber wegen der progressiven Besteuerung des Einkommens müssen sie überproportional Steuern bezahlen. Das nennt man in der Fachsprache „Kalte Progression“. Diese wird durch Beschlüsse des Parlaments in einem Rhythmus von ein paar Jahren ausgeglichen, indem man die Sätze kaufkraftbereinigt nach unten anpasst.</p>
--